



Brigitte Lösch MdL

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Stuttgart IV

Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur, Jugend und Sport

Landtag von Baden-Württemberg
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 2063-664
E-Mail: brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de
www.brigitte-loesch.de

Stuttgart, 04. Mai 2020

PRESSEMITTEILUNG

Brigitte Lösch MdL: „Pflegeprämie für die Altenpflege in Baden-Württemberg kommt - Land bekennt sich zu Drittelfinanzierung!“

Die Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch MdL begrüßt die Pflegeprämie.
„Beschäftigte der Altenpflege in Baden-Württemberg erhalten einen Beitrag von bis zu 1.500 Euro!“

Gesundheitsminister Manne Lucha hat zugesagt, dass das Land dabei vollständig die fehlende Teilfinanzierung übernehme. Der Bund hatte gemeinsam mit den Pflegekassen angekündigt über die Aufstockung der Sozialen Pflegeversicherung zwei Drittel der Kosten zu tragen.

„Uns Grünen ist es wichtig, dass wir hier umgehend ein Signal an die Pflegekräfte senden und als Land unseren Beitrag leisten. Aus der Landeskasse stellen wir dafür rund 30 Millionen Euro zur Verfügung. Den Beschäftigten in der Altenpflege, die derzeit noch stärker belastet sind, wollen wir in dieser Form nicht nur unseren Dank aussprechen, sondern ein klares Zeichen setzen: Gute Pflege muss uns mehr wert sein. Dieses Bekenntnis muss auch nach der Corona-Krise gelten. Deshalb muss das Thema einer fairen Bezahlung von Pflege- und Gesundheitsberufen ganz oben auf die politische Agenda“, so die Sozialpolitikerin Brigitte Lösch.

Die Höhe der geplanten Prämien wird davon abhängen, welchen Raum die tatsächliche Pflege im Arbeitsalltag eines Beschäftigten einnimmt. Wer hauptsächlich pflegerisch arbeitet, soll 1.500 Euro bekommen, wer mindestens ein Viertel seiner Arbeitszeit direkt mit den Pflegebedürftigen verbringt, 1000 Euro, alle anderen 500 Euro. Auszubildende sollen 900 Euro bekommen. Der geplante Bonus ist steuerfrei. Zudem solle gesetzlich klargestellt werden, dass durch die Prämie die sogenannten Eigenanteile der Pflegebedürftigen nicht steigen, sie also keine höheren Pflegekosten haben.